

**Redemanuskript von Andrej Hunko, MdB, DIE LINKE.
auf dem Ostermarsch am 6.4.2015 in Gardelagen/ Altmark Sachsen-Anhalt**

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde,

zunächst möchte ich mich herzlich bedanken hier bei euch in Gardelagen sprechen zu können, denn die „Bürgerinitiative für eine friedliche Nutzung der Colbitz Letzlinger Heide“ ist eine der wichtigsten Gruppen der Friedens- und Antikriegsbewegung in Deutschland: Seit mehr als 20 Jahren kämpft Ihr für eine zivile Nutzung der Heide und gegen das Gefechtsübungszentrum Heer der Bundeswehr. Dafür möchte ich Euch anerkennende und solidarische Grüße überbringen, nicht nur der Linksfraktion im Bundestag, sondern auch Friedens- und Antikriegsbewegung aus meiner Heimatstadt Aachen.

Ich möchte zunächst sagen, dass ich die Ostermärsche für wichtiger denn je halte, denn lange gab es keine so angespannte internationale Situation, so viele kriegerische Auseinandersetzungen und vor allem eine Wiederkehr des Ost-West-Konflikts, des kalten Krieges. Man muss es mit Blick auf die Ukraine und Russland so deutlich sagen: Wir befinden uns in einer Vorkriegssituation, und die dominierenden Kräfte, vor allem im Westen, drängen auf eine weitere Zuspitzung des Situation. Ich möchte hier beispielhaft die Resolution des US-Repräsentantenhauses vor wenigen Wochen erwähnen, die trotz der Minsker Abkommen in extrem scharfen Ton die Lieferung von tödlichen Waffen an die Ukraine fordert. 89% der Menschen der Menschen in Deutschland lehnen das nach Umfragen ab. Ich fordere die Bundesregierung auf, sich international sehr deutlich gegen diese geplanten Waffenlieferungen auszusprechen.

Ich bin seit 2009 Mitglied des Bundestag und dort für meine Fraktion u.a. zuständig für die Ostpolitik der EU und Mitglied der parlamentarischen Versammlung des Europarates. In diesen Eigenschaften habe ich die Ukraine in den letzten Jahren achtmal besucht, als Wahlbeobachter für den Europarat, im Rahmen des EU- Ausschusses des Bundestages, als Beobachter der Vorgänge in Odessa im Anschluss an das Massaker vom 2. Mai oder zuletzt im Februar 2015 zusammen mit meinem Fraktionskollegen Wolfgang Gehrcke im Rahmen eines Hilfskonvois für ein Kinderkrankenhaus in Gorlovka. Was ich dort in den letzten 2 ½ Jahren erlebt habe, hätte ich mir so vorher nicht vorstellen können: Die Ukraine wird systematisch in ein aggressiv nationalistisches Bollwerk gegen Russland umgebaut:

Eines der letzten Gesetze, das am Donnerstag vor Ostern verabschiedet wurde, ist das Verbot Filme zu zeigen, die ein positives Russlandbild zeichnen. Die 45 Millionen Menschen in der Ukraine sollen zu Russland-Hassern gemacht werden und zur Unterstützung der Mobilisierung aller gesellschaftlichen Ressourcen für den Krieg vorbereitet werden. Ich sage: Mit dieser Schwarz-Weiß-Malerei, mit dieser geistigen Kriegsvorbereitung muss endlich Schluss sein, in der Ukraine, in Russland und auch hier in Deutschland! Was ist das eigentlich für eine Zeit, in der man, wenn man die verschiedenen Sichtweisen darstellt, also auch die russische, als Russland- oder Putinverstehler beschimpft wird. Ich möchte die Ukraine verstehen und ich möchte Russland verstehen!

Aber wo bleibt der Aufschrei des Westens? Wo bleiben die Verurteilungen? Lesen wir Schlagzeilen wie: „Neues Gesetz verstößt fundamental gegen den europäischen Geist, EU-Ukraine-Abkommen ausgesetzt“? Das Laute Schweigen des Westens zu diesen Entwicklungen, die himmelschreiende Doppelmoral in Bezug auf den Ukraine-Russland-Konflikt ist das, was mir am meisten Sorge macht, denn sie signalisiert die Bereitschaft der maßgeblichen Kräfte in den USA und der EU, diesen Konflikt weiter zu eskalieren, eine noch viel größere Konfrontation ins Auge zu fassen, als wir es bislang erlebt haben.

Ich habe die Schlüsselereignisse der letzten Jahre hautnah verfolgt: Die Nicht-Unterzeichnung des EU-Ukraine-Assoziierungsabkommen durch Präsident Janukovitch, die folgenden Proteste auf dem Maidan, die Todesschüsse, die immer noch nicht aufgeklärt

sind, der Umsturz vom 21./22. Februar, die verfassungswidrige Absetzung von Janukowitsch und Einsetzung von Turttschinov, die folgende verfassungswidrige Sezession (nicht Annexion!) der Krim und den völkerrechtlich fragwürdigen Anschluss an Russland, die Besetzung der Verwaltungsgebäude im Osten der Ukraine, der Einsatz des ukrainischen Militärs gegen die Bevölkerung im Donbass, das Massaker von Odessa. Über all das wird noch Jahre lang gestritten werden. Ich sehe diese Ereignisse als Kette von Aktionen und Reaktionen, in denen Russland eher den reagierenden, denn agierenden Part hat. Vor wenigen Tagen hat der Europarat eine scharfe Kritik am mangelnden Aufklärungswillen der ukrainischen Regierung bzgl der Todesschüsse auf dem Maidan veröffentlicht. Etwas Ähnliches steht bzgl des Massakers am 2. Mai in Odessa bevor. Das ist doch das mindeste, was man verlangen kann: Dass diese Schlüsselverbrechen aufgeklärt werden, bevor über weitere Kooperationen mit der Kiever Regierung nachgedacht wird.

Der zugrunde liegende Konflikt ist jedoch die NATO- und EU-Osterweiterung. Der renommierte US-amerikanische Politikwissenschaftler John Mearsheimer sieht in dieser Osterweiterung die eigentliche Ursache des Konfliktes, der Westen trage deshalb die Hauptverantwortung. Nach der Wiedervereinigung in Deutschland gab es Zusagen gegenüber, dass sich die NATO nicht nach Osten ausdehnen werde. Es ist anders gekommen: 1999, 2004, 2009 wurden immer weitere osteuropäische Staaten in die NATO aufgenommen, Russland wurde de facto eingekreist. Putin hat immer wieder klar gemacht, dass die Ukraine für Russland die rote Linie darstellt. Mit dem prowestlichen Putsch vom Februar 2014 und dem erklärten Ziel der neuen Regierung der NATO beizutreten ist diese rote Linie überschritten worden. Russland wird alles daran setzen, zu verhindern, dass die Ukraine der NATO beitrifft. Deshalb die Unterstützung der so genannten Separatisten, die aber auch über eine Basis in der ostukrainischen Bevölkerung verfügen. Nur die Perspektive einer neutralen Ukraine als Brücke zwischen Ost und West kann den Konflikt entspannen.

Lasst mich noch ein paar Worte zum EU-Ukraine-Assoziierungsabkommen sagen, das ja der eigentliche Auslöser des gegenwärtigen Konfliktes war. Es zielt nicht nur darauf ab, die Ukraine geopolitisch an den Westen zu binden, es ist auch wirtschaftspolitisch radikal neoliberal und wird zu einer massiven Deindustrialisierung der Ukraine führen und zur weiteren Verarmung der Bevölkerung. Vor einigen Tagen sind die mit dem Abkommen verbundenen Auflagen des IWF in Kraft getreten, sie bedeuten für einen durchschnittlichen Zwei-Personen-Haushalt eine Erhöhung der Preise für Gas, Wasser und Strom um 88%. Die Reste des ukrainischen Sozialstaates werden zerschlagen. Ich möchte hier auch meine Solidarität mit der Bevölkerung zum Ausdruck bringen, die sich gegen diese Zerschlagung zur Wehr setzt, wie etwa vor zwei Wochen auf einer Demonstration in Odessa.

Das Abkommen wurde vor 10 Tagen im Bundestag ratifiziert, leider mit den Stimmen aller anderen Fraktionen. Es muss aber noch durch den Bundesrat, da hat man sich zynischerweise den 8. Mai als Termin ausgedacht. Ich erwarte, dass wenigstens diejenigen Bundesländer nicht zustimmen, wo DIE LNKE mitregiert.

Es ist jetzt die Hauptaufgabe, die geplanten Waffenlieferungen zu verhindern. Völlig absurd ist es zu glauben, durch Waffenlieferungen an die Ukraine könne irgend etwas gelöst werden. Ich fürchte, dann wird noch Vorwänden gesucht, das Minsker Abkommen außer Kraft zu setzen – Anlässe wird man finden, da können vielleicht die Neo-Nazi-Bataillone hilfreich sein – und der Konflikt wird auf eine neue Stufe gehoben. Wir reden dann nicht mehr über Tausende Tote, sondern über Zehntausende. Das gleich gilt für die NATO-Manöver an der russischen Grenze, auf die sich gegenwärtig auch Soldaten der Bundesregierung vorbereiten. Keine Teilnahme der Bundeswehr an den Kriegsübungen im Baltikum oder im Schwarzen Meer! Rückzug Deutschlands aus der Schnellen Eingreiftruppe in Osteuropa und ihrer „Speerspitze“!

Lasst mich zum Schluss John Mearsheimer zitieren der seinen viel beachteten Artikel „Putin reagiert“ wie folgt beendet: „Die USA und ihre europäischen Verbündeten stehen in der Ukraine-Frage vor einer Entscheidung. Sie können ihre aktuelle Politik fortführen und so die

Feindseligkeiten mit Russland verschärfen und die Ukraine zu Grunde richten – ein Szenario, aus dem alle Beteiligten als Verlierer hervorgehen würden. Oder sie können umsteuern und eine wohlhabende, aber neutrale Ukraine anstreben, die keine Bedrohung für Russland darstellt und es dem Westen erlaubt, seine Beziehungen zu Moskau zu kitten. Mit einem solchen Ansatz würden alle Seiten gewinnen.“

--

Andrej Hunko
Tel. 0151-40116833
www.andrej-hunko.de